



Deutsche Gesellschaft für Perinatale
Medizin

Editorial in der Mitteilung der Kassenärztlichen Versorgung vom 5. Juni 2024

Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Perinatale Medizin
e.V. (DGPM) zum Editorial in der Mitteilung der Kassenärztlichen
Versorgung Sachsen, Ausgabe Humangenetik 05.06.2024

In den Mitteilungen der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen skizziert der Vorstandsvorsitzende Klaus Heckemann in einem Leitartikel zum Thema Humangenetik eine „Zukunftsvision“, die „möglich wird, wenn genetische Untersuchungen sehr viel preiswerter zu erbringen sind.“ Seine Skizze endet mit den Worten „... denn die Nutzung einer solchen Chance wäre natürlich zweifellos Eugenik. Allerdings in ihrem besten und humansten Sinn.“

Als wissenschaftliche Fachgesellschaft, welche das Ziel hat, die Versorgung von Schwangeren und deren Neugeborenen ständig zu verbessern, müssen wir diesem Beitrag eines sächsischen Ärztevertreters ganz energisch und eindringlich widersprechen, auch wenn wir damit eventuell die Bedeutung der KVS-Mitteilungen erhöhen. Mit unserem ausdrücklichen Protest folgen wir ganz explizit nicht seiner Einladung auf eine „lebhaftige Diskussion“, wenngleich es viele fachliche Aspekte gibt, die definitiv falsch dargestellt wurden und einer Korrektur bedürften.

Mit unserer Stellungnahme verwahren wir uns sowohl als Ärztinnen und Ärzte, aber auch im Namen der von uns betreuten Schwangeren und Neugeborenen, gegen die Überlegungen, allen Frauen mit Kinderwunsch ein genetisches Screening anzubieten (den potenziellen Vätern erst bei mütterlichen „Auffälligkeiten“). Dieser Ansatz bedient die klassische Phantasie männlicher Eugeniker, der weibliche Körper bedürfe steter Überwachung und Kontrolle, um eine „gesunde“ Reproduktion sicherzustellen. Auch die Anmaßung, individuelle Lebensqualität von Patienten pauschal und von außen beurteilen zu können, entstammt dem eugenischen Ideengut der 1930er Jahre. So war neben ökonomischen Argumenten auch die von Heckemann übernommene Argumentation „Besonders das Leid der betroffenen Eltern könnte vermieden werden“ eine zentrale Begründung für die „Euthanasie“ zehntausender Kinder im Nationalsozialismus.

Es ist für uns absolut unverständlich, dass dieses Gedankengut in einem Publikationsorgan einer ärztlichen Standesvereinigung unter dem Deckmantel einer „Zukunftsvision“, die „lebhaftige Diskussionen auslösen“ soll, verbreitet wird.

Ihr

Prof. Dr. med. M. Rüdiger

- Präsident der Deutschen Gesellschaft für Perinatale Medizin -